

Antrag 2025/II/Innen/2

Jusos Hamburg

Wir lassen uns nicht spalten!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Bearbeitung und anschließenden Weiterlei-
2 tung an den Bundesparteitag beschließen: Wir lehnen Symbolpolitik ab. Zur Prävention von An-
3 schlägen und Angriffen durch psychisch labile und meistens online radikalisierte Attentäter*in-
4 nen müssen wir uns um das Folgende bemühen: 1. Psychosoziale Beratungsangebote sowie die
5 psychologische und psychotherapeutische Versorgung müssen bedarfsgerecht (stärker) finan-
6 ziert werden. 2. Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zu-
7 gang psychosozialen Angeboten haben. Geflüchtete, insbesondere aus Kriegsgebieten, müs-
8 sen aktiv auf die Beratungs- und Hilfeangebote hingewiesen werden. Ein niedrigschwelliger
9 Zugang ist ab dem Zeitpunkt der Zuweisung an ein Bundesland sicherzustellen. 3. Zivilgesell-
10 schaftliche Akteure, die Menschen in verschiedenen, schwierigen Lebenslagen unterstützen
11 und/oder zur Stärkung von Gemeinschaften beitragen, sind zu stärken und bedarfsgerecht zu
12 finanzieren. Dasselbe gilt für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Straßensozi-
13 alarbeit sowie für inklusive Bildungs- und Kulturprojekte. 4. De-Radikalisierungs- und Präven-
14 tionsprogramme gegen Islamismus und Rechtsextremismus müssen stärker gefördert werden
15 und langfristige Finanzierungszusagen erhalten. Aufklärungskampagnen zur Medienkompe-
16 tenz sind einzuführen, um Menschen gegen extremistische Inhalte zu wappnen. Die schulische
17 Medienkompetenzvermittlung ist entsprechend anzupassen. 5. Leistungskürzungen für Asyl-
18 bewerber*innen und andere Maßnahmen, die soziale Ausgrenzung verstärken, lehnen wir ab.
19 Inklusive Maßnahmen, die die Integration fördern und Parallelgesellschaften verhindern, sind
20 auszubauen. 6. Ein generelles Verbot von „Angriffsmessern“ wie Springmesser begrüßen wir.
21 Haushaltsübliche Messer sind allerdings ausschließlich an „gefährlichen Orten“ zu verbieten.
22 Anwohnende sind auszunehmen. Auch an der städtischen Lebensrealität vorbeigehende Ver-
23 bote der Mitnahme haushaltsüblicher Messer im öffentlichen Nahverkehr lehnen wir ab. 7. Der
24 Schusswaffenbesitz ist stärker zu regulieren. Zur besseren Durchsetzung der bestehenden Re-
25 gulierung soll eine zentrale Waffenbehörde geschaffen werden. 8. Die Überwachung und Zer-
26 schlagung rechtsextremer und islamistischer Netzwerke durch den Verfassungsschutz und Si-
27 cherheitsbehörden muss intensiviert werden. Es sind schärfere Sanktionen gegen Akteure und
28 Plattformen zu verhängen, die aktiv Hass und Hetze verbreiten. 9. Vertreter*innen der sozialde-
29 mokratischen Partei sind zur sprachlichen Mäßigung und zum verantwortungsvollen Umgang
30 mit ihrer Rolle gegenüber allen Menschen angehalten.

31 Begründung

32 Mit einem Satz hat Friedrich Merz recht: Der überwiegende Teil der tödlichen Anschläge der
33 letzten Jahre wurde durch Islamisten verübt. Das, was er für eine Lösung hält ist allerdings kei-
34 ne, sondern rassistische, spaltende Hetze. Wir lehnen Symbolpolitik und Scheindebatten ab. Es
35 liegt an uns, durch eine verantwortungsbewusste Politik und durch gezielte Maßnahmen zur

36 Prävention und Integration die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Anstatt die Diskus-
37 sion nach rechts zu verschieben und den Diskurs extremistischen Kräften zu überlassen, müs-
38 sen wir klare und fundierte Lösungen voranbringen, die das Vertrauen in unsere Gesellschaft
39 und Demokratie stärken. Nur so verhindern wir, dass die AfD und andere rechte Akteure wei-
40 ter von der Verunsicherung und Spaltung in der Gesellschaft profitieren. Die Verantwortung
41 politisch Handelnder in Debatten Die politische Debatte in Deutschland wird zunehmend von
42 populistischen und rechtsextremen Akteuren beeinflusst, die darauf abzielen, gesellschaftli-
43 che Spannungen zu verstärken und den Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Es ist die
44 Verantwortung aller politisch Handelnden, dieser Entwicklung entgegenzutreten und klar zu
45 machen, dass aus einer solchen Verschiebung nur die AfD und ähnliche Akteure profitieren. Wer
46 in Symbolpolitik und populistische Scheinlösungen abdriftet, läuft Gefahr, den Diskurs derart
47 zu prägen, dass rechtsextreme Positionen schleichend normalisiert werden. Gefahr durch ge-
48 gesellschaftliche Spaltung und die Folgen von Symbolpolitik Die Anschläge und Gewalttaten in
49 Deutschland in den letzten Jahren, wie der OZ-Anschlag in München, der rechtsextreme Ter-
50 rorakt in Hanau, das Attentat in Solingen und der Messerangriff in Siegen, sind erschrecken-
51 de Beispiele für die Auswirkungen von gesellschaftlicher Spaltung und Radikalisierung. Wäh-
52 rend die ersten drei Taten klar von extremistisch ideologisierten Täter*innen verübt wurden,
53 zeigt der Messerangriff in Siegen, dass auch psychisch labile Personen zur Gefahr werden kön-
54 nen. Insbesondere dann, wenn sie in einer Gesellschaft leben, die Spaltung und Feindseligkeit
55 fördert. Daher ist es unerlässlich, präventive Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die psychi-
56 sche Gesundheit stärken als auch Radikalisierung verhindern. Symbolpolitik, wie das pauscha-
57 le Verbot von Messern, lenkt von den eigentlichen Problemen ab und bietet keine nachhalti-
58 gen Lösungen. Stattdessen gilt es, die Ursachen von Gewalt und Radikalisierung anzupacken
59 und die Gesellschaft insgesamt widerstandsfähiger gegen Extremismus und Spaltung zu ma-
60 chen. Stärkung psychosozialer Angebote und Unterstützung für Geflüchtete Um die Verbrei-
61 tung von Gewalt durch psychisch labile und radikalisierte Personen zu verhindern, ist eine um-
62 fassende psychosoziale Betreuung von zentraler Bedeutung. Psychologische und psychothera-
63 peutische Versorgung muss bedarfsgerecht finanziert werden (Forderung 1), um sicherzustel-
64 len, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen frühzeitig Hilfe erhalten und nicht in Extremis-
65 mus oder Gewalt abrutschen. Besonders Geflüchtete, die oft durch Krieg, Verfolgung und Ver-
66 treibung traumatisiert sind, müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zu-
67 gang zu solchen Angeboten haben (Forderung 2). Die aktive Information über Beratungs- und
68 Hilfsangebote sowie ein niedrigschwelliger Zugang sind entscheidend, um diesen Menschen
69 eine echte Perspektive zu geben und ihrer potenziellen Radikalisierung vorzubeugen. Unter-
70 stützung zivilgesellschaftlicher Akteure und Stärkung der Gemeinschaft Zivilgesellschaftliche
71 Akteure spielen eine Schlüsselrolle in der Prävention von Gewalt und Radikalisierung. Organi-
72 sationen, die in der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder in der Straßensozialarbeit tätig sind,
73 leisten wertvolle Arbeit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und müssen da-
74 her stärker gefördert und finanziert werden (Forderung 3). Diese Angebote bieten Jugendlichen
75 und jungen Erwachsenen Alternativen zur Radikalisierung und schaffen Räume der Begegnung
76 und des Austauschs, die Vorurteilen und Hass entgegenwirken. Langfristige Förderung von De-
77 Radikalisierungs- und Präventionsprogrammen Darüber hinaus sind De-Radikalisierungs- und

78 Präventionsprogramme gegen Islamismus und Rechtsextremismus dringend erforderlich und
79 müssen langfristige Finanzierungszusagen erhalten (Forderung 4). Diese Programme helfen,
80 extremistische Ideologien zu bekämpfen und Menschen aus extremistischen Szenen herauszu-
81 führen. Eine stabile und kontinuierliche Finanzierung ermöglicht es diesen Initiativen, nachhal-
82 tig zu arbeiten und langfristige Erfolge zu erzielen. Verhältnismäßigkeit in der Gesetzgebung:
83 Keine Symbolpolitik beim Messerverbot Das Beispiel des Messerangriffs in Siegen zeigt, dass
84 die Radikalisierung nicht immer die Ursache für solche Taten ist. Deshalb ist es wichtig, nicht
85 in eine Symbolpolitik zu verfallen, die wenig mit der Realität zu tun hat. Ein pauschales Ver-
86 bot haushaltsüblicher Messer im öffentlichen Nahverkehr ist realitätsfremd und kriminalisiert
87 Menschen unnötig. Gerade die Lebensrealität in Städten geht damit einher, immer wieder auch
88 Messer über 5cm Klingenlänge mit sich zu führen – sei es, weil sie gerade erworben wurden
89 oder weil sie für ein gemeinsames Picknick benötigt werden. Stattdessen sollten nur gezielte
90 Verbote an tatsächlich gefährlichen Orten ausgesprochen werden, ohne allerdings die Anwoh-
91 nenden pauschal einzubeziehen (Forderung 5). Strengere Regulierung des Schusswaffenbesit-
92 zes zur Erhöhung der Sicherheit Eine stärkere Regulierung des Schusswaffenbesitzes ist eine
93 notwendige Maßnahme, um die Gefahr tödlicher Anschläge zu minimieren. Die Schaffung ei-
94 ner zentralen Waffenbehörde könnte helfen, die bestehenden Regelungen effektiver durchzu-
95 setzen und den Zugang zu Waffen besser zu kontrollieren (Forderung 6). Hier geht es nicht um
96 Symbolpolitik, sondern um konkrete Schritte, um die Sicherheit aller Bürger*innen zu erhöhen.